

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P. XXIV/137

Bonn, den 23. Juli 1969

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 1a	<u>Im Vorfeld der europäischen Sicherheitskonferenz?</u> Moskau nun Reiseziel vieler Politiker	73
2 - 4	<u>Auf oder hinter dem Mond?</u> Rückblick auf den Evangelischen Kirchentag in Stuttgart Von Hellmut Sieglerschmidt, MdB, Berlin	133
5	<u>Schülergewerkschaft in Schweden</u> Aus dem Erziehungswesen nicht mehr wegzudenken	45
6	<u>Zur Regierungsübernahme gerüstet</u> Die Marschroute der dänischen Sozialdemokraten	39

Im Vorfeld der europäischen Sicherheitskonferenz?

Moskau nun Reiseziel vieler Politiker

G.M. - Moskau ist wieder einmal das Reiseziel von Politikern aus aller Welt. Nachdem sich Staatsmänner der östlichen Hemisphäre und auch aus der arabischen Welt in Moskau informiert haben, wie sie ihre Verbindungen mit den Herren des Kremls weiter ausbauen können, beginnen sich nun westliche Staatsmänner auf der Besucherliste der zweitgrößten Weltmacht einzutragen. Wir meinen damit nicht die FDP-Führung, die gerade jetzt in Moskau weilt und auch nicht andere Besucher aus der Bundesrepublik, die vielleicht demnächst Gespräche an den Ufern der Moskwa führen werden, obwohl auch das wichtig genug ist, um registriert zu werden.

Von größerer Bedeutung sind der eben abgeschlossene Besuch des früheren demokratischen Kandidaten für die US-Präsidentschaft und jetzige Senator Humphrey, sowie die Gespräche, die der belgische Außenminister Harmel in Moskau führt. Humphrey verließ Moskau mit einer persönlichen Botschaft Kossygin's an Präsident Nixon. In Washington wird hierzu gesagt, die Sowjets hätten dem einflußreichen amerikanischen Politiker zu verstehen gegeben, daß sie bereit seien, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten Vereinbarungen zur Sicherung des Weltfriedens zu treffen.

Die Reise Harmels hat eine sehr interessante Vorgeschichte. Auf der Tagung des Ministerrates der NATO in Reykjavik im Dezember letzten Jahres waren sich die Außenminister der NATO-Staaten darüber einig geworden, den Sowjets darzulegen, daß NATO und Warschauer Pakt über Truppenreduzierungen und die Sicherung des Friedens in Europa "unbefangen und ohne Voreingenommenheit" miteinander sprechen sollten. Im Blick auf die schon seit langem im Schoße der NATO diskutierte Abrüstungsfrage hatte der belgische Außenminister einige konkrete Vorschläge ausgearbeitet, die inzwischen den Namen "Harmel-Plan" tragen.

Über diese und andere Fragen wird Belgiens Außenminister in Moskau mit den Vertretern von Partei und Regierung der Sowjetunion sprechen. Vor seiner Abreise betonte er jedoch, er handele "nicht im Namen der NATO", werde jedoch seine Vorstellungen "im Einvernehmen mit den NATO-Partnern" in Moskau vortragen können. Kurz vor seiner Abreise

hat Harmel in Brüssel mit Bundesaußenminister Brandt gesprochen. In diesem Gespräch hat Brandt betont, daß vor einer europäischen Sicherheitskonferenz Kontakte zwischen den beiden Teilen Deutschlands stattfinden sollten. Die völlige Kontaktlosigkeit zwischen Bonn und Ostberlin, wie sie derzeit besteht, würde die Konferenz von vornherein belasten. Es ist also zu erwarten, daß Harmel in Moskau sicher auch die Deutschland direkt betreffenden Probleme ansprechen wird.

Fügt man dem hinzu, daß Präsident Nixon in den ersten Augusttagen Rumänien besuchen wird - es ist dies der erste Besuch eines amerikanischen Präsidenten in einem Ostblock-Staat -, dann darf man wohl von der Voraussetzung ausgehen, daß zwischen Ost und West einiges in Bewegung geraten ist.

Die Rolle der Bundesrepublik in dieser sicher sehr komplizierten, aber doch hoffnungsvollen Entwicklung ist ebenfalls kompliziert und doch einfach zugleich. Seit Bildung der Regierung der Großen Koalition im Jahre 1966 hat Bundesaußenminister Brandt immer wieder darauf hingewiesen, daß auch das deutsche Problem, d.h. die Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas, nur in einer Periode der Entspannung zwischen Ost und West bewältigt werden kann. Brandt hat sich für die Unterzeichnung des Atomsperrvertrages eingesetzt, er hat dafür gesorgt, daß die Bundesregierung ihre Bereitschaft zu einer Politik des Gewaltverzichts erklärte und er steuert systematisch eine Politik der Überwindung von Gegensätzen zwischen Ost und West an.

Der erfolgreiche Flug zum Mond hat zweifellos in der ganzen Menschheit die Frage drängender werden lassen, ob es nicht möglich sei, über die Grenzen der Staaten hinweg und im Sinne einer für alle Menschen gültigen Großtat den längst sinnlos gewordenen Streit um die Vorherrschaft der einen oder der anderen Machtgruppe zu überwinden. Wir wissen nicht, ob man auch in Moskau solche Überlegungen anstellt; wir können es nur hoffen. Aber je mehr über die Sicherung des Friedens, über Abrüstung und über die für alle Völker notwendige Entspannung zwischen den mächtigen Staatengruppen direkt und offen gesprochen wird, umso größer kann die Chance werden, daß die Menschheit endlich von der Furcht vor neuen Kriegen und damit von der Furcht vor Not und Elend befreit wird.

+ + +

Auf oder hinter den Mond?

Rückblick auf den Evangelischen Kirchentag in Stuttgart

Von Hellmut Sieglerschmidt, MdB, Berlin

Als der 14. Deutsche Evangelische Kirchentag am Sonntagnachmittag mit seiner Hauptversammlung zuende ging, bereiteten sich die amerikanischen Astronauten gerade auf ihre Mondlandung vor. Es lag nahe, daß der letzte Redner dieser Hauptversammlung, Prof. Wolf Häfele, Atomphysiker aus Karlsruhe, auf dieses Ereignis Bezug nahm. Er wies darauf hin, daß dieses Vorhaben zehnjährige zielgerichtete zusammengefaßte Anstrengungen einer großen Industrienation erfordert habe. Zu dem Erfolg eines solchen Projektes gehöre eine bis ins einzelne gehende umfassende Planung und eine riesige präzise arbeitende Administration. Was aber bei diesem Vorhaben sich als erforderlich erwiesen habe, gelte entsprechend für alle großen technischen Projekte, deren Verwirklichung in absehbarer Zeit notwendig sei, um die dringenden Probleme der Menschheit zu lösen. Der Redner nannte hier als Beispiel für vieles die Meerwasserentsalzung mit Hilfe von Atomenergie zum Zwecke der Bewässerung und Fruchtbarmachung größerer Gebiete in den Entwicklungsländern.

Wie muß die Gesellschaft von morgen und übermorgen gestaltet sein, um all diese Probleme zum Wohle der Menschheit zu bewältigen? Welche Aufgaben haben die Christen dabei, und was kann, was wird christlicher Glaube in dieser Gesellschaft von morgen sein? Das waren die Fragen, über die die Teilnehmer des Kirchentages vier Tage lang trotz drückender Hitze vielfach mit großem Engagement redeten und stritten. Die Losung des Kirchentages "Hungern nach Gerechtigkeit" bot dabei, wie es kaum anders sein konnte, zu den verschiedenartigsten Auslegungen Gelegenheit. So beriefen sich sowohl die Verfechter eines endgültigen Verzichts auf die Gebiete jenseits von Oder und Neißة als auch die Gegner einer solchen Festlegung auf das Postulat der Gerechtigkeit.

Dem Beobachter kam manchmal bei diesen Diskussionen um Wahrheit und Gerechtigkeit unwillkürlich jene nicht auf Zynismus sondern auf Erfahrung und Bescheidenheit beruhende Richter-Weisheit in den Sinn: "Der Angeklagte hat nicht Anspruch auf Gerechtigkeit, sondern auf ein Urteil". Das war besonders dann der Fall, wenn Sprecher der beiden auf dem Kirchentag vertretenen extremen Gruppen ihre Auffassung in einer Weise vertraten, daß man meinen konnte, ihre Kirchentagslosung laute eigentlich "Hungern nach Selbstgerechtigkeit". Was diese Sprecher aus der "Bekennnisbewegung kein anderes Evangelium" und vor allem der "Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher" auf der einen Seite und von der "Neuen Jungen Linken" auf der anderen Seite als Rezepte anboten - soweit man schlichtes Beharren auf überholten Positionen und vage Andeutungen gesellschaftspolitischer Konzeptionen überhaupt so

bezeichnen kann - führte gelegentlich selbst bei ihren potentiellen Anhängern zu beschämter Unruhe und Kritik. Mit solchen Auffassungen kann man weder auf den Mond gelangen noch die großen Aufgaben bewältigen, die die Menschheit zu lösen hat, wenn sie überleben soll. Der Standort dieser extremen Konservativen und Anarcho-Revolutionäre ist angesichts des notwendigen Entwicklungsprozesses der Gesellschaft wohl eher hinter dem Mond.

Die vorstehend getroffene Feststellung wurde u.a. auch besonders bei der Handhabung der Verfahrensregeln des Kirchentages deutlich. Bei früheren Kirchentagen waren die Referate im wesentlichen in Podiumsgesprächen der Arbeitsgruppen diskutiert worden. Diese Podiumsdiskussionen erhielten lediglich durch kurze schriftlich formulierte Anfragen aus dem Publikum - gelegentlich wesentliche - Anstöße. In diesem Jahr hatte sich die Kirchentagsleitung - vor allem wohl auf Drängen der "Neuen Jungen Linken" - entschlossen, die Teilnehmer an den Diskussionen der Arbeitsgruppen so weit als möglich zu beteiligen und Abstimmungen über Resolutionen, die von jedem, der wollte, eingebracht werden konnten, zuzulassen. Diese scheinbare Demokratisierung des Kirchentages hat sich - mindestens in dieser Form - nicht bewährt. Es kam, wie es kommen mußte: Endlose Geschäftsordnungsdebatten, die sich als ein wahrer Kindergarten der Demokratie darstellten, verkürzten die Zeit für Sachdiskussionen. Resolutionen wurden zur Abstimmung gestellt, deren thematisch gewichtiger Inhalt eine intensive Erörterung erfordert hätte, die in einer Halle mit tausend oder zweitausend Menschen einfach nicht möglich ist. Öfters hatte ein großer Teil der Abstimmenden noch nicht einmal den Text schriftlich vor sich.

Werden die Gegensätze zwischen den extremen Gruppen den Kirchentag im weiteren Verlauf schließlich sprengen? Wird sich der Kirchentag, wenn er dieses Verfahren einer mißverstandenen und so leicht zu mißbrauchenden "direkten Demokratie" weiterverfolgt, am Ende zu Tode "demokratisieren"? Die Gefahr besteht sicherlich. Aber sie kann gebannt werden, wenn die Kirchentagsleitung, die sie zweifellos erkennt, einen Weg aus dem Dilemma findet. Dabei muß allerdings jede Selbsttäuschung bei der Analyse der gegenwärtigen Situation des Kirchentages peinlichst vermieden werden.

Für viele der Beteiligten erscheint es tröstlich, daß die große Mehrheit der Teilnehmer bei denjenigen Arbeitsgruppen zu finden war, bei denen es um Grundfragen der christlichen Existenz - Gottesfrage, Streit um Jesus und Kirche - ging. Aber die sich abzeichnende Polarisierung - hier die "Religiösen" und dort die "Weltlichen" - würde dem Kirchentag, der doch gerade die frühere Trennung von Kirche und Welt aufheben will, auf die Dauer sicherlich nicht gut bekommen. Zum anderen würde mit Befriedigung auf die große Beteiligung der Jugend hingewiesen. Darin zeige sich, daß die Jugend die Kirche nicht aufgegeben und meine, daß es sich lohne, an der Gestaltung ihrer Zukunft mitzuwirken. Auch wenn man bei der Beurteilung dieser Behauptung

nicht nur von Plakaten in der der Jugend zur Verfügung gestellten Halle ausgeht, die etwa Inschriften trugen wie "Die Theologen haben den Glauben interpretiert, es kommt aber darauf an, ihn abzuschaffen", mußte man aus vielen Gesprächen den Eindruck gewinnen, daß es einem sehr großen Teil der anwesenden jungen Menschen nicht um die Kirche, sondern darum ging, wie man die Kirche "als weichste Stelle am Körper des Spätkapitalismus" dazu berützen könne, eigene politische Vorstellungen durchzusetzen.

"Wo bleibt das Positive", wird man mit Recht den Beobachter fragen. Es ist wohl in erster Linie darin zu sehen, daß es eine starke Gruppe von Älteren und Jüngeren gab, die weder bereit war, hinter dem Mond überholter Positionen zu bleiben, noch hinter den Mond unrealistischer Lösungsversuche mit Absolutheitsanspruch zu laufen. Das machte sich immer wieder in den Arbeitsgruppen in erfreulichem Ausmaß bemerkbar und war vor allem dann festzustellen, wenn Redner auftraten, die wie Bundesminister Dr. Erhard Eppler moralische Glaubwürdigkeit mit nüchternem und kenntnisreichem Realismus zu vereinen wußten. Auch ein Mann wie Bundesminister Prof. Horst Ehmke, den die gestellten Fragen in besonderem Maße dazu zwangen, sich in Widerspruch zu einem Teil seiner Zuhörer - etwa hinsichtlich der Amnestie für Straftäter gegen den öffentlichen Frieden - zu setzen, wurde doch wegen der Art und Weise, wie er dies ohne billige Populäritätshascherei tat, von vielen der lautstark Widersprechenden respektiert.

Diejenigen, die den nächsten Kirchentag vorzubereiten haben, der nach dem gemeinsamen evangelisch-katholischen Kirchentagskongreß mit begrenzter Teilnehmerzahl für 1971 geplant ist, stehen vor einer außerordentlich schwierigen Aufgabe: Den Kirchentag nicht zu einer Art Hyde-Park werden zu lassen, wo jeder mit Transparenten und Handzetteln beliebigen Inhalts oder irgendwelchen Fahnen herumlaufen kann; wo jeder redet, worüber er will und wann er will, ob es nun zum Thema gehört oder nicht - das ist diese Aufgabe. Aber wie soll sie gelöst werden, ohne in die Gefahr zu geraten, den Kirchentag zu stark zu gängeln, ja, unter Umständen sogar "repressive Gewalt" einzusetzen, um einen einigermaßen geordneten Ablauf des Kirchentages zu sichern, und zu vermeiden, daß immer mehr ältere Christen dem Kirchentag fernbleiben ohne daß etwa in gleichem Maße jüngere Christen für ihn gewonnen werden können? Fast will diese Aufgabe als eine Quadratur des Kreises erscheinen. Jeder, der weiß, welche wertvollen Impulse für Kirche und Gesellschaft von den vergangenen Kirchentagen einschließlich des Treffens in Stuttgart ausgegangen sind, wird den Verantwortlichen wünschen, daß sie trotz allem bei ihrer Lösung Erfolg haben.

+ + +

Schülergewerkschaft in Schweden

Aus dem Erziehungswesen nicht mehr wegzudenken

In Stockholm hat dieser Tage die Jahreskonferenz der schwedischen Schülergewerkschaft SECO stattgefunden, der 34.000 Mittel- und Oberschüler im Alter von 13 bis 20 Jahren angehören. Die Delegiertenkonferenz wählte die Oberschülerin Katarina Engberg zum Reichsvorsitzenden. Sie bekommt ein Monatsgehalt von 1.400 Schwedenkronen und ist für die Dauer ihrer Tätigkeit als Vorsitzende vom Unterrichtsbetrieb freigestellt, den sie aber nachzuholen hat.

Die schwedische Schülergewerkschaft finanziert sich aus den Beiträgen von 50 Öre pro Schüler im Jahr. Das Kultusministerium unter dem sozialdemokratischen Volksbildungsminister Olof Palme zahlt der Gewerkschaft jährlich 150.000 Kronen. Der schwedische Gewerkschaftsverband steuert 15.000 Kronen bei und gibt außerdem erhebliche Zuschüsse. Sie fließen dann, wenn etwa Publikationen der Schüler zur Bekämpfung der Rauschgiftsucht in ihren Reihen herausgegeben werden.

Gesprächspartner von Katarina Engberg sind vor allem die Schülerzeitschriften, die es an allen schwedischen Zentralschulen gibt, die inzwischen ganztägige Gesamtschulen sind. Nur noch selten muß die Vorsitzende der Schülergewerkschaft darauf hinweisen, daß die Schulleiter keine Zensur der Schülerzeitungen auszuüben haben. Dabei ist jedoch in Schweden inzwischen auch der Fortschritt erzielt worden, daß die Schülerzeitungen ausgewogen das Für und Wider der Probleme stellen.

Ferner achtet die Vorsitzende der Schülergewerkschaft darauf, daß die Schulleiter den Schülern keine Auflagen machen, was sie in ihrer Freizeit zu tun haben. Das ist um so eher möglich, weil nach Einführung der Ganztagschule in Schweden keine Schularbeiten zu Hause zu verrichten sind. Zudem liegt eine Entscheidung des Ombudsmanns vor, wonach es den Schulen nicht erlaubt ist, auf die Freizeit der Schüler Einfluß zu nehmen.

Besonders eindringlich wendet sich die Schülergewerkschaft gegen die Haschisch-Sucht an den schwedischen Schulen. Es ist inzwischen gelungen, die jungen Leute zunehmend davon abzubringen. Das geschieht, indem die Schülergewerkschaft mit Zustimmung der süchtigen Schüler Psychologen, Schulärzte und Sozialkuratoren einschaltet. Die Gewerkschaft lehnt es, um die Wirksamkeit der Aktion nicht zu gefährden und das Vertrauen der Schüler zu behalten, grundsätzlich ab, die Rauschgiftpolizei einzuschalten. Die Gewerkschaft wirbt aber intensiv mit nüchternen und faktendurchsetzten Schriften gegen die Rauschgiftsucht.

Die Schülergewerkschaft von Schweden ist inzwischen längst anerkannter Gesprächspartner des Volksbildungsministeriums in Stockholm. Der Generaldirektor der Oberschuldirektion im Ministerium von Palme, Hans Löwbeer, erklärte dieser Tage: "Die Schülergewerkschaft SECO ist aus dem Erziehungswesen nicht mehr wegzudenken. Die Teilnahme der Schüler am allgemeinen Verhandlungstisch bedeutet einen Schritt auf dem Weg zur direkten Demokratie."

+ + +

Zur Regierungsübernahme gerüstet

Die Marschroute der dänischer Sozialdemokraten

Die dänischen Sozialdemokraten haben sich auf einem Parteitag auf die Regierungsübernahme in dem nordischen Königreich zur nächsten Folketingwahl vorbereitet. Unter der unumstrittenen Führung des früheren Staatsministers Jens Otto Krag haben sie ferner ein Parteiprogramm vorgelegt, von dem sie erwarten, daß es bei den dänischen Wählern Resonanz findet.

Der Parteitag in Kopenhagen fand übrigens vor dem Hintergrund einer für die Koalitionsregierung aus Linksliberalen, Rechtsliberalen und Konservativen unter Staatsminister Hilmar Baunsgaard niederschmetternden Meinungsbefragung statt. Das Gallup-Institut stellte fest, nur noch rund 48 Prozent würden eine der Regierungsparteien wählen.

Im innenpolitischen Programm entschieden sich auf dem 30. Parteikongreß die Delegierten dafür, daß in Dänemark künftig die Schwangerschaftsunterbrechung zugelassen werden soll und zwar kostenlos. Man bekräftigte ferner den festen Willen, daß nicht nur das Wahlalter auf 18 Jahre herabgesetzt werden soll, was auch die Wählbarkeit bedeutet, sondern daß künftig auch Kandidaten ab 18 Jahre von den Sozialdemokraten in großer Zahl für die Kommunalparlamente und den Folketing aufzustellen sind.

In Verbindung damit steht der Beschluß, in Dänemark Amt und Mandat klar zu trennen. Kein sozialdemokratischer Bürgermeister darf zugleich im Reichstag sitzen. Kein bei der Sozialdemokratie angestellter Funktionär darf gleichzeitig Folketingabgeordneter sein. Die Altersgrenze zur Bekleidung von Mandaten wurde von 70 auf 67 Jahre zurückgenommen.

Jens Otto Krag wurde mit großer Mehrheit als Parteivorsitzender bestätigt. Er legte die außenpolitische Linie vor den Delegierten fest. Zu dieser Linie, wenn sie offizielle Regierungspolitik von Dänemark werden soll, kann die Bundesrepublik Vertrauen haben. Ein Antrag, Dänemark möge die DDR anerkennen, wurde von Krag zurückgewiesen, und zwar deshalb, weil das den dänischen Einfluß auf eine Befriedung Europas schwächen würde. Es sei ganz im Sinne der dänischen Sozialdemokraten, meinte Krag, daß Finnland zu einer europäischen Sicherheitskonferenz eingeladen habe. Daran sollte natürlich die Bundesrepublik, aber auch die DDR teilnehmen.

Nach den Worten von Krag gibt es für die dänischen Sozialdemokraten heute keine Alternative zur NATO-Mitgliedschaft. Dänemark soll in der NATO bleiben. Die NATO muß aber in steigendem Maße alle Entspannungsbestrebungen unterstützen.